Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 114 (1988)
Heft: 51-52

Artikel: Ständerat stellt Weichen für "Nullbahn"
Autor: Hofer, Bruno
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-620210

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ständerat stellt Weichen für «Nullbahn»

VON BRUNO HOFER

Nur ein blütenweisses Gewissen ist ein gutes Ruhekissen. Dieses bisher insbesondere für ehemalige und amtierende Verwaltungsräte zutreffende, klassische Bonmot wird auch in der hohen Politik ernster genommen, als man auf den ersten Blick meinen könnte. Denn entgegen anderslautenden Gerüchten ist es keineswegs so, dass den vom Volk Gewählten anschliessend völlig egal ist, was ihr Stimmvolk zur ausgeführten Politik sagt. Im Gegenteil. Gerade der Ständerat hat in der Wintersession im Bundeshaus ein Exempel dafür gegeben, wie sehr er dem Volk aufs Maul schaut. Dreieinhalb Jahre lang hatten sie – die Ständeräte – ein ausserordentlich schlechtes Gewissen.

Der Grund liegt im Umweltschutz. Als nämlich Mitte der achtziger Jahre der Wald dahin- und davonzusterben sich anschickte, da wollte vorerst der Ständerat den Ernst der Lage partout nicht zur Kenntnis nehmen. Ganz anders der Nationalrat: *Der* reagierte. Und wie! Eiligst wurde eine spezielle Sondersession einberufen, es hagelte zahlreiche Vorstösse, und die Sondersession im Februar 1985 warf ausserordentlich hohe Wellen. Sie zeitigte eine mit grossem Eifer hüben und drüben gefochtene Debatte und förderte zahlreiche Resultate in Form von Motionen und Postulaten zum Schutz der gepeinigten Luft und Umwelt zutage.

Ständeräte sind empfindsam

Nur der Ständerat, der wähnte sich noch immer in der Sicherheit. Er bremste, verkannte offenbar die Dringlichkeit völlig und weigerte sich, die Nationalrats-Vorstösse ebenfalls im Februar 1985 zu behandeln. Das Thema wurde vertagt. Das habe Zeit bis zur Frühjahrssession, liessen die Ständervertreter in die andere Kammer hinübermelden. Wo natürlich ein Aufstand stattfand. Der Zürcher SP-Nationalrat Moritz Leuenberger beispielsweise war «ganz ausserordentlich enttäuscht, dass der Ständerat beschlossen hat, auf alle unsere Motionen nicht einzutreten, sondern sie in der Frühjahrssession zu behandeln. Das ist mir absolut unbegreiflich!»

So herbe Kritik hatten sie nicht erwartet, aber zurück konnten die «Stöckli»-Leute natürlich auch nicht mehr. Also tat es ihnen natürlich ausserordentlich leid, den Nationalrat so unverschämt vor den Kopf gestossen zu haben. Dies zeigten unzählige Zwiegespräche mit traurig dreinblickenden Parlamentariern in den letzten dreieinhalb Jahren. Denn Ständeräte sind äusserst empfindsame Wesen. Die politische Last, eine drohende Entwicklung zu spät erkannt zu haben, drückte ausserordentlich schwer auf den Schultern der Mitglieder im kleinen Gremium.

Auf dem Spiel stand das Image der Ständedamen und Ständeherren. «Das darf und wird nicht mehr vorkommen», versicherten sie sich gegenseitig und flössten einander Mut ein. Und: «Das nächste Mal reagieren wir schneller, wenn sich eine neue Lage abzeichnet.»

Scharte wird ausgewetzt

Jetzt, dreieinhalb Jahre nach dem Schnitzer von 1985 durften die Ständeräte zur Auswetzung der Scharte schreiten. In der Wintersession lag der Voranschlag der Bundesbahnen auf den Pulten und es galt, ihn abzusegnen. Geld für die Bahnen war in den letzten Jahren gerade wegen der drohenden Umweltgefahr reichlich beschlossen worden: «Bahn 2000», neuer Leistungsauftrag, Verbilligungsaktion für Bahnkunden und anderes mehr.

Doch hat sich jetzt im Schatten der «Umweltkatastrophen-Euphorie» der Wald anscheindend zumindest leicht erholt. Neuste Zahlen – veröffentlicht in diesem Herbst – belegen die Besserung. Vorsichtige Beobachter widersprechen zwar verfrühten Hoffnungen, wiegeln ab, und

ORLANDO EISENMANN

warnen erneut: Man könne nicht von einer Trendwende reden.

Doch jetzt will der Ständerat nicht der letzte sein, der die neue Lage erkennt: Lieber zu früh reagieren als wieder zu spät. Jetzt galt es für den Ständerat zu beweisen, dass er sich rasch auf neue Entwicklungen einstellen kann. War zuvor die Förderung des öffentlichen Verkehrs an erster Stelle, so haben nun die Ständeräte den neuen Zeitgeist als erste voll erfasst und gleich auch reagiert. Gegen den öffentlichen Verkehr.

War früher, als der Wald starb, die Förderung des öffentlichen Verkehrs im allgemeinen und jener der SBB im besonderen an erster Stelle auf der Prioritätenliste der Bundesausgaben angesiedelt, so haben jetzt die Ständeräte vor veränderten Rahmenbedingungen als erste den Status quo ante wieder hergestellt.

Nullbahn statt «Bahn 2000»

Mit einem tatkräftigen Ruck warfen sie das Steuer herum und drehten die Uhren der Bahn zurück. Mit der stupenden Mehrheit von 31 gegen nur 4 Stimmen schlugen sie vor, bei den Bundesbahnen jetzt einen Abbau vorzunehmen. Denn selbstverständlich kommt, wenn nicht die Umwelt es erfordert, der Bahnbetrieb der Bundeskasse viel zu teuer. Darum wird ein Bericht verlangt zur Stillegung unrentabler Nebenlinien und kaum besuchter Bahnhöfe. Sie haben es geschafft: Alle sind überrascht.

Und damit wären wir bei der Bahndiskussion wieder dort angelangt, wo man sich vor dem Waldsterben herumbalgte. Erinnert sei an den bereits legendären «Bericht 1977», wo die Rationalisierung der chronisch unrentablen Bundesbahnen vorgeschlagen wurde. Die Ständeräte beschlossen ferner, die «Leitungsstrukturen der SBB» wieder unter die Lupe zu nehmen.

Der Bundesrat darf somit lückenlos dort wieder anknüpfen, wo er 1983 aufgehört hatte: Am 5. Juli veröffentlichte er die Expertise des Zürcher Betriebswirtschafters Professor Edwin Rühli. Dieser war zum Schluss gekommen, dass drei Übel bestünden: Zu viele Köche verderben den Brei, im SBB-Verwaltungsrat habe es zu viele Politiker und bei der finanziellen Oberleitung bestünden zu grosse Verflechtungen zwischen unternehmerischen und politischen Verantwortlichkeiten. Dort darf man jetzt wieder weiterfahren.

Fürwahr: Mit dem Blitzschwenker im Angesicht neuer Entwicklungen haben die Ständeräte ihr Gewissen wieder beruhigt. Sie dürfen fortan wieder hoch erhobenen Hauptes durch die Wandelhallen im Bundeshaus schreiten. Wissend, als Stützen des Vaterlandes unentbehrlich zu sein.

Amphibische Gedanken von Rapallo